

Entschließungsantrag

der Gruppe der PDS/Linke Liste

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1993 **– Drucksachen 12/3000, 12/3541, 12/3590, 12/3591 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Bundeshaushalt 1993 bestätigt nach Auffassung des Deutschen Bundestages erneut die fehlende Einsicht der Bundesregierung, daß der Transformationskrise, in der sich die ostdeutsche Wirtschaft befindet, nicht mit den Mitteln einer Konjunkturkrise begegnet werden kann. Ziele, Politikschwerpunkte, Zeit und Finanzierungsbedarf des wirtschaftlichen und sozialen Einigungsprozesses sind endlich zu entwickeln und aufeinander abzustimmen.

Der Bundeshaushalt 1993 bleibt sowohl die Antwort auf die Frage nach der Höhe des Finanzierungsbedarfs schuldig als auch nach dessen Finanzierungsquellen. Die für das kommende Haushaltsjahr von der Bundesregierung mit rund 92 Mrd. DM angegebenen sogenannten „einigungsbedingten“ Ausgaben enthalten nach Auffassung des Deutschen Bundestages zwar direkte Zahlungen an ostdeutsche Länder und Gemeinden in Höhe von rund 24 Mrd. DM. Der Bund verzeichnet jedoch neben einigungsbedingten Ausgaben auch Mehreinnahmen und Minderausgaben durch den Abbau teilungsbedingter Etatansätze. Der Bundeshaushalt wird ferner durch die zur Finanzierung der Kosten der Einheit erhöhten Steuern entlastet.

Die im Finanzbericht 1993 von der Bundesregierung addierte Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts erfaßt nicht die Schulden von Bahn, Post, Treuhand und die Altschulden des DDR-Wohnungssektors.

Der Deutsche Bundestag kritisiert die durch die Aufsplitterung der öffentlichen Ausgaben und Verbindlichkeiten hervorgerufene erschwerte Gesamtschau und Budgettransparenz der öffentlichen Finanzen, insbesondere hinsichtlich der Schulden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Treuhandanstalt einer stärkeren haushaltspolitischen Kontrolle unterzogen werden kann.

2. Zur sogenannten „Erblast-Diskussion“ bemerkt der Deutsche Bundestag, daß der Bundesminister der Finanzen stets erklärt hat, im Finanzplan sei für die mittelfristigen finanzpolitischen Aufgaben, die infolge der Einheit und des Einigungsvertrages noch zu bewältigen seien, Vorsorge getroffen worden. Der Deutsche Bundestag mißbilligt die Versuche der Bundesregierung, die als zwangsläufige Folge der Politik der schnellen Wirtschafts- und Währungsunion aufgelaufenen Schulden in Höhe von 400 Mrd. DM mit einer angeblichen „DDR-Erblast“ zu erklären.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß der geringste Teil dieser 400 Mrd. DM Schulden überhaupt als DDR-Erblast bezeichnet werden kann. Die Inlandsverschuldung der DDR, die Teil des Kreditabwicklungsfonds geworden ist, betrug am 3. Oktober 1990 rund 28 Mrd. DM (Ausschußdrucksache 26 des Unterausschusses „Treuhand“, S. 3). Auslandsschulden von 55,6 Mrd. DM standen Forderungen in Höhe von 36,3 Mrd. DM gegenüber (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 7/1990, S. 16 sowie Anhang 4, S. 25 ff.). Die Nettoverschuldung der DDR gegenüber dem Ausland betrug demnach 19,3 Mrd. DM. Insgesamt betrug die Verschuldung der DDR zuletzt rund 47,3 Mrd. DM.

Alle anderen Milliardenbeträge sind der hohe Preis, den die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Politik der schnellen Wirtschafts- und Währungsunion zahlen müssen.

3. Der Deutsche Bundestag wendet sich entschieden gegen jede Erweiterung des militärischen Handlungsspielraums der Bundesrepublik Deutschland. Diese Ablehnung betrifft sowohl jede deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen – unter welchem Kommando und im Rahmen welcher Organisation auch immer – als auch eine deutsche Beteiligung an Blauhelm-Missionen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, endlich eine Politik der Selbstbeschränkung, der Konfliktvorbeugung und der nichtmilitärischen Konfliktbewältigung zu betreiben. Voraussetzung dafür ist nicht zuletzt eine drastische Kürzung des Rüstungshaushalts.

Aus der Struktur des Entwurfs des Verteidigungshaushalts 1993 lassen sich Reaktionen auf die friedenspolitische Lage noch nicht erkennen. Sowohl bei den investiven wie bei den Betriebsausgaben herrschen noch die traditionellen Konzeptionen und Vorgaben vor, es fehlen friedenspolitisch wirksame tiefgreifende Einschnitte.

Die im Frühjahr 1992 von der Bundesregierung angekündigten Einsparungen im Bereich der militärischen Beschaffungen werden der Forderung nach tiefgreifenden Einschnitten nicht gerecht. Sie haben weniger mit Abrüstungsbereitschaft zu tun als mit der Tatsache, daß viele Großprojekte jetzt auslaufen und die Ausgaben in diesem Bereich deshalb geringer werden. Was bis jetzt an Kürzungen und Ausgabenumschichtungen von der Bundesregierung vorgeschlagen wurde, wurde ausdrücklich mit angeblich notwendiger Neuorientierung der neuen interventionistischen Strategien der NATO, der WEU und der Bundeswehr begründet.

4. Der Prüfstand für die Moral und Zivilisation einer Gesellschaft ist vor allem ihr Umgang mit Flüchtlingen, Verfolgten, Diskriminierten und Gedemütigten. Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, das Asylrecht als grundlegendes Menschenrecht nicht anzutasten. Die Bundesregierung wird gebeten, dem Deutschen Bundestag alsbald ein Antirassismus-Gesetz vorzulegen. Der Deutsche Bundestag fordert von der Bundesregierung mit allem Nachdruck, ausreichende finanzielle Mittel für eine großangelegte Aufklärungskampagne gegen den Rassismus bereitzustellen.
5. Der Bundeshaushalt 1993 erklärt Kultur, Wissenschaft und Bildung zum Notstandsgebiet. Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, den Artikel 35 des Einigungsvertrages zu beachten und ausreichende finanzielle Mittel bereitzustellen, damit die kulturelle und geistige Substanz im Osten Deutschlands bewahrt und gefördert werden kann.
6. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß der Bundeshaushalt 1993 die Politik der Bundesregierung zur Diskriminierung von Frauen fortsetzt. Der Etat bedeutet die Festigung bzw. Verschärfung patriarchalischer Strukturen. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, daß gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gegen Frauenerwerbslosigkeit mit der Schaffung guter und ausreichender Angebote an Betreuungseinrichtungen für Kinder gekoppelt und finanziert werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Frauen- und Mädchenhäuser sowie Beratungseinrichtungen ausreichend finanziell zu fördern.
7. Der Deutsche Bundestag spricht sich für die Einführung einer bedarfsgerechten sozialen Grundsicherung für Menschen in allen Lebenslagen und jeden Alters aus. Das beitragsfinanzierte soziale Sicherungssystem muß um steuerfinanzierte Elemente ergänzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.
8. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Arbeitslosigkeit vor allem in Ostdeutschland endlich mit Strukturkonzepten für einen ökologischen Um- und Ausbau der Wirtschaft und mit ausreichend finanzieller Unterstützung zu bekämpfen, damit nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit finanziert wird. Der Deutsche Bundestag erklärt seine Absicht, die Streichung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit zurückzunehmen. Der Deutsche Bundestag verurteilt die Absicht der Bundesregierung, den Bundeshaushalt von den Kosten der Arbeitslosenhilfe zu entlasten und diese auf die Bundesanstalt für Arbeit abzuschieben. Ferner spricht sich der Deutsche Bundestag gegen die von der Bundesregierung beabsichtigten Kürzungen des Arbeitslosengeldes und die angekündigten Einschränkungen bei der Sozialhilfe aus.
9. Der Deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft, ein steuerfinanziertes und bedarfsorientiertes Pflege-, Betreuungs- und Assistenz-Gesetz zur tatsächlichen Sicherung der Pflege zu verabschieden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem

Deutschen Bundestag unverzüglich einen an diesen Grundsätzen orientierten Gesetzentwurf vorzulegen.

10. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung Vorschläge für ein neues Rentenrecht, das soziale Sicherung und soziale Gerechtigkeit verbindet, insbesondere durch Regelungen, die Altersarmut bei Frauen im Osten und Westen Deutschlands verhindern. Der Deutsche Bundestag erklärt seine Absicht, dafür Sorge zu tragen, daß Rentensteigerungen mindestens die gestiegenen Lebenshaltungskosten ausgleichen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, durch eine Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes nicht nur die diskriminierende Behandlung der älteren Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern zu beenden, sondern auch den Mißbrauch des Rentenrechts als politisches Strafrecht abzustellen.
11. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, daß ihre Wohnungsbaupolitik die Wohnung nicht länger als Marktobjekt, sondern als ein Sozialobjekt behandelt. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, „Wohnen“ endlich als Menschenrecht zu betrachten und zu behandeln, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit zu beseitigen und die Mieten für alle Menschen bezahlbar zu machen. Die Bundesregierung macht noch nicht einmal den Versuch, die in der Bundesrepublik Deutschland zunehmende Wohnungsnot wirksam zu bekämpfen. Nach ihrem Willen soll sich die direkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus rückläufig entwickeln; für die neuen Bundesländer ist bis 1996 gleichbleibend ein Betrag von 1 Mrd. DM etatisiert. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in ihrer mittelfristigen Finanzplanung mindestens 8 Prozent des Bundeshaushalts für die Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene und bezahlbare Wohnungen für alle einzusetzen. Der Deutsche Bundestag erklärt seine Absicht, in einem Nachtragshaushalt eine Verdoppelung der im Haushalt 1993 für die Wohnungsbauförderung, das Wohnumfeld und den Ausbau der sozialen Infrastruktur angesetzten Beträge zu beschließen.
12. Die Kosten der Einheit müssen endlich sozial gerecht finanziert werden. Der Deutsche Bundestag erinnert daran, daß die Vereinigung der bundesdeutschen Wirtschaft einen Boom bescherte, der ihr über die weltweit einsetzende Wirtschaftskrise hinweghalf. So wuchs das gesamte Geldvermögen der westdeutschen Produktionsunternehmen seit der Wende in der DDR um 22 Prozent auf 1,67 Billionen DM, wovon 595 Mrd. DM sofort verfügbar wären. Innerhalb von vier Jahren – von 1987 bis 1991 – stieg die Geldvermögensbildung westdeutscher Produktionsunternehmen um das Zweieinhalbfache.

Die westdeutschen Banken erreichten 1991 mit einem Jahresüberschuß vor Steuern in Höhe von 27 Mrd. DM ein Rekordniveau. Der Nettogewinn von 12 Mrd. DM konnte vor allem durch die starke Ausweitung des profitablen kurzfristigen

Kreditgeschäfts mit Unternehmen und Privaten erzielt werden.

Der Deutsche Bundestag erwartet deshalb von der Bundesregierung, daß sie ein Konzept zur Finanzierung der Kosten der Einheit vorlegt, das folgende Eckpunkte enthält:

- die Rücknahme der ab 1993 wirksamen Senkung der Vermögen- und Gewerbesteuer, die den Unternehmen Steuergeschenke von jährlich 4,5 Mrd. DM bescheren würde;
- einen mehrjährigen Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent auf die Körperschaft- und Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer ab einem Jahreseinkommen von 60 000/120 000 DM für Ledige, Verheiratete und Alleinerziehende;
- einen „Solidaritätszuschlag“ des westdeutschen verarbeitenden Gewerbes zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Ostdeutschland;
- die Kappung des Ehegattensplittings;
- eine Anleihe mit Zeichnungspflicht für Banken, Versicherungen und vermögensstarke Privathaushalte;
- eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende;
- eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte und nicht sozialversicherungspflichtige Besserverdienende von 1,5 Prozent des Bruttoeinkommens;
- eine höhere Besteuerung des Immobilienvermögens auf der Grundlage einer Neubewertung zum tatsächlichen Verkehrswert sowie
- Umweltabgaben, einschließlich einer Erhöhung der Mineralölsteuer, die zweckgebunden für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft eingesetzt werden sollen.

Der Deutsche Bundestag ist davon überzeugt, daß zusammen mit Subventionskürzungen, einer effektiveren Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Haushaltskürzungen auf diese Weise jährlich 100 Mrd. DM aufgebracht werden könnten.

Der Deutsche Bundestag wendet sich gegen von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erpreßte Solidaritätsoffer zugunsten des nationalen Kapitals.

Bonn, den 27. November 1992

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

